Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 23

Artikel: Was steckt hinter dem "Spionagefall Penkowskij"?

Autor: G.B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076872

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Tod des Papstes

Papst Johannes XXIII. ist tot. Seine menschliche und religiöse Grösse wurde von der ganzen Menschheit gewürdigt. Keiner seiner Vorgänger genoss eine so ungeteilte Anerkennung, zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges. Die wichtigsten Worte, die er in seinen letzten Stunden gesagt hat: «Ut omnes unum sint» — («Auf dass alle eins seien») — zeichneten seinen Lebensweg.

Diesen biblischen Leitsatz versuchte er auch gegenüber den mächtigsten Gegnern des Christentums zu verwirklichen. Die Auswirkungen seiner risikoreichen Versuche — eine unkonventionelle Politik und tolerante Einstellung den Kommunisten gegenüber — sind noch abzuwarten. Es fehlte besonders von sowjetischer, polnischer und ungarischer Seite nicht an schönen Worten und Grusstelegrammen an Papst Johannes XXIII. Aber in der Wirklichkeit ging die Bekämpfung der Religion in allen kommunistischen Ländern in gewohnter Weise weiter. Die Jahre 1962 und 1963 brachten in der Sowjetunion die härtesten administrativen Massnahmen für die Gläubigen.

Die Ostkontakte des Vatikans verursachten keine grundsätzliche Erleichterung für die Christen. Die gute Aufnahme der päpstlichen Bemühungen im kommunistischen Lager vollzog sich in den Formen einer politischen Schizophrenie. Nach aussen fehlte es nie an anerkennenden Worten für den Papst, aber für die innere Propaganda blieb er «ein Apologet des staatsmonopolistischen Kapitalismus.» (1) Seine Enzykliken wurden als «... Versuche, die klerikale soziale Doktrin unserer Zeit anzupassen und sie für eine ideologische Offensive gegen die Ideen und die Wirklichkeit des Sozialismus und Kommunismus benutzbar machen» (2), dargestellt.

Auch die Verhandlungsbereitschaft des Papstes wurde im Ostblock weitgehend als ein Zeichen der Schwäche gedeutet: *«Die Gründe für bestimmte Veränderungen in der Politik des Vatikans sind nicht in erster Linie in der Person des Papstes zu suchen, obwohl solch ein Moment immer eine wichtige Rolle spielen wird, sondern im Grad und in der Tiefe der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzung. Der Klerikalismus ist von einem ausserordentlich tiefen Widerspruch zerrissen. Die Spitze der vatikanischen Hierarchie ist ohne Zweifel ein Teil des internationalen Finanzkapitals. Sie kann ihre Politik aber nicht durchführen, will sie ihren Einfluss auf die Volksmassen nicht noch schneller verlieren, als es ohnehin schon geschieht, ohne die Bestrebungen der Volksmassen in ihren Plänen zu berücksichtigen... Das alles zwingt die klerikal-vatikanische Hierarchie zum Lavieren.»* (3)

Trotz der unveränderten ideologischen und politischen Haltung im Inneren versuchte Chruschtschew mit der grossen Phalanx des psychologischen Widerstandes einen «modus vivendi» zu finden. Seine Lage war eigentlich sehr günstig. Die katholische Kirche steht in den Ostblockstaaten unter rigoroser staatlicher Kontrolle. Stalin und seine Mitarbeiter haben in dieser Hinsicht eine perfekte Arbeit geleistet. Ein aussenpolitisches Arrangement mit der Kirche hätte für die Sowjets sehr grosse Vorteile gebracht. Als aber die Verwirklichung dieses «modus vivendi» in das Stadium des Möglichen getreten war, zeigten sich sofort die unübersehbaren Schwierigkeiten. Schon vor der verhängnisvollen Krankheit des Papstes musste die Schlüsselfigur der Verhandlungen, Kardinal Wyschinski, aus Rom unverrichteter Dinge zurückkehren. Die Forderungen der Gomulka-Regierung haben eine Höhe erreicht, die der Vatikan nicht zu erfüllen vermag. Der Kardinal äusserte sich auch über den wachsenden Einfluss der stalinistischen Kräfte in Polen, die die Einhaltung eines neuen Abkommens ebenso fragwürdig machen, wie im Jahre 1950. Die vatikanischen Unterhändler in Ungarn, Kardinal König und Mgr. Agostino Casaroli, sprachen ebenso skeptisch über die Möglichkeit einer Verständigung. Die volksdemokratische Regierung Kadars will nicht weniger als die Rechte der ungarischen Könige für sich beanspruchen, nämlich die Bischöfe mitzubestimmen. Auf diese Weise möchte sie sich durch eine der Partei genehme Person eine noch grössere Einsprache im Leben der Kirche und die Unterstützung des Kirchenvolkes sichern. Der Tod des Papstes bereitete —mindestens zeitweilig — diesen Besprechungen ein Ende. Ein flagranter Missbrauch des Namens des Papstes war die Konfrontation seiner versöhnlichen Politik gegen die seit 1945 heroisch kämpfenden Bischöfe und Priester, die in den verschiedenen Oststaaten zu retten versuchten, was noch zu retten war. Die polnische, linksorientierte PAX-Bewegung ging so weit, dass sie die Bischofkonferenz aufforderte, die rasche Anerkennung und die Befolgung der neuen päpstlichen Grundsätze zu verwirklichen.

Eine grundsätzliche Konzession gegenüber dem Kommunismus hat der Papst natürlich nie eingeräumt. Seine Enzykliken, besonders «Pacem in terris», beinhalteten eine scharfe Verurteilung des Materialismus und der totalitären Systeme sowie die Forderung der Menschenrechte für alle. Selbst der Stil seiner kurzen Regierungszeit hebt ihn stark von jeder Sympathie mit totalitären Regierungsformen ab. Daher sahen sich die kommunistischen Staaten veranlasst, seine Rundbriefe nicht zu veröffentlichen und sie der Bevölkerung vorzuenthalten.

Im Sinne der Tradition der Katholischen Kirche bestimmt jeder Papst suverän die Politik des Vatikans in internationalen Angelegenheiten. Moskau möchte die Fortsetzung der Kontakte mit der Katholischen Kirche erreichen. Dies scheint aber auf Grund der bisherigen kommunistischen Haltung nicht möglich. Moskau verlangt von der Kirche weitere bedeutende Konzessionen und ist nur bereit, im Tausch Scheinrechte zu bieten. Die Kirche hat bereits einige Abkommen mit den Ostblock-Regierungen geschlossen. Sie wurden von den Kommunisten nicht eingehalten. Schliesslich ist das Ziel der sowjetischen Taktik klar erkennbar: Die Kirche soll sich in einen Pfeiler der Diktatur verwandeln und sich vollkommen in den Dienst des kommunistischen Systems stellen. Dazu hat Papst Johannes XXIII. nie seine Hand gereicht.

(1, 2, 3: vlg. «Mater et magistra» und die Probleme unserer Zeit, in: «Wirtschaftswissenschaft», Nr. 7, Juli 1962, Seite 1028 ff., Ostberlin.)

Was steckt hinter dem «Spionagefall Penkowskij»?

Es ist nicht etwa eine déformation professionelle, wenn wir dazu neigen, jede sowjetische Meldung, die von gewissem Interesse ist, kritisch zu beurteilen und uns bemühen herauszufinden, was dahinter steckt, bzw. den wahren Grund dieser oder jener Erscheinung bildet. Zuviel wurde und wird heute noch von den offiziellen sowjetischen Stellen und von der Sowjetpresse gelogen und verdreht, als dass man gutgläubig jede Meldung und jede Darstellung hinnehmen könnte.

Im Fall Penkowskij gab es zudem so viele Widersprüche und so viel Ungereimtes in den sowjetischen Presseberichten, dass man etwas hinter die Kulissen schauen muss, wenn man gewisse Zusammenhänge verstehen will.

Die Zeitung «Komsomoljskaja prawda» beschwert sich über diese Gerüchte und verurteilt die «neugierigen Klatschtanten», die sich mit den offiziellen Berichten aus dem Gerichtssaal nicht begnügen. Mit Entrüstung und einer an Dummheit grenzenden Naivität stellt die Zeitung die Frage: «In den geschlossenen Sitzungen untersuchte das Gericht die Fragen, die den Charakter und den Inhalt der dem englischen und amerikanischen Nachrichtendienst übergebenen Mitteilungen betreffen. Sollte man denn darüber an jeder Strassenecke schreien?» Das sieht nach einer Rechtfertigung gegenüber Forderungen nach ausführlicher Information aus. Die Leser der Zeitung könnten die berechtigte Gegenfrage stellen: «Welchen Sinn hat die Geheimnistuerei, wenn die betreffenden Mitteilungen im Besitze der ausländischen Nachrichtendienste sind?»

Die sowjetische Presse versuchte krampfhaft die Bedeutung der Person Penkowskijs zu vermindern, indem sie ihn als einen «durchschnittlichen Funktionär» bezeichnete und namentlich sehr darauf bedacht war, seine persönlichen Beziehungen als unwichtig darzustellen: «Seine Beziehungen und Bekanntschaften gingen nicht über einen beschränkten Kreis von Säufern und Stammgästen gewisser Restaurants». Auch das ist ganz offensichtlich ein Versuch, die Gerüchte zu dementieren, wonach Penkowskij in sehr einflussreichen Kreisen verkehrte. Noch vor dem Prozess wurden in Moskau im Zusammenhang mit Penkowskij viele Namen einflussreicher Persönlichkeiten genannt, z. B. I. A. Serow —

Leiter des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjetarmee —, M. W. Zacharow — Generalstabchef der Sowjetarmee bis zu seinem Rücktritt im März 1963 —, S. S. Warensow — Hauptmarschall der Artillerie —, A. F. Koslow — Sohn des Parteipräsidiumsmitgliedes F. Koslow —, W. A. Penjkovskij — Generaloberst, Kommandant des Weissrussischen Militärbezirkes. Uebrigens hat bekanntlich F. Koslow kurz vor dem Prozessbeginn einen Schlaganfall erlitten.

Aus der grossen Zahl der Ungereimtheiten beim Prozess gegen Penkowskij wollen wir nur einige herausgreifen: Gemäss Anklageschrift verkehrte Penkowskij nicht etwa gesellschaftlich, sondern dienstlich im Sinne seines Spionageauftrages mit nicht weniger als 14 Mitarbeitern der englischen und amerikanischen Botschaften. Jeder, der die Faustregeln des Nachrichtendienstes auch nur annähernd kennt, muss diese Behauptung als unglaubwürdig und lächerlich bezeichnen.

Im vollen Text der Anklageschrift, die in Moskau den ausländischen Korrespondenten zugänglich war, konnte man lesen: «Penkowskij gehörte zur Gruppe politischer Verschwörer, die aus Opportunisten und Verrätern bestand». In den Prozessberichten in der Sowjetpresse fehlt dieser vielsagende Satz.

Unter den «Beweisstücken» figurierte am Prozess ein Artikel, der Penkowskij angeblich von seinen ausländischen Auftraggebern zwecks Veröffentlichung in der sowjetischen Presse übergeben wurde. Es ist doch eine recht merkwürdige Verwendung eines wichtigen Agenten — ihn mit unbedeutenden Zeitungsartikeln zu versorgen und einen Raketenfachmann als Journalisten zu fördern.

Als ein anderes wichtiges Beweisstück figurierte ein Brief Penkowskijs an seine Auftraggeber, in dem er folgendes schrieb: «Meine lieben Freunde, vielen Dank für eure Sorge um mich, ich fühle euch immer neben mit. Euer Freund.» Diese für einen bezahlten Agenten, für einen «durchschnittlichen Funktionär», der aus Liederlichkeit militärische Geheimnisse preisgibt, merkwürdigen Redewendungen, wurden von der Anklage nicht etwa als eine Kodeform oder eine Deckschrift bezeichnet, sondern als ein Beweis der moralischen Verwandschaft Penkowskijs mit seinen Auftraggebern.

Ueber die Person Penkowskijs weiss man heute folgendes: Oleg Wladimirowitsch Penkowskij ist am 23. April 1919 geboren. 1939 absolvierte er die Artillerie-Offiziersschule in Kiev und nahm darauf am polnischen Feldzug 1939 und am finnischen Feldzug 1940 teil. Im deutsch-russischen Krieg kämpfte er an der 1. Ukrainischen Front und kommandierte ein Panzerabwehr-Regiment. 1944 wurde er verwundet und bekam für seinen Einsatz zwei Orden. Nach dem Krieg absolvierte er die Frunze-Militärakademie und wurde 1950 zum Obersten befördert. In den Jahren 1955-56 war er Stellvertreter des sowjetischen Militärattaches in Ankara. Wegen Differenzen mit dem Militärattache General Rudenko wurde O. Penkowskij in die Hauptverwaltung des militärischen Nachrichtendienstes in Moskau versetzt. Zuletzt bekleidete er offenbar im Auftrage des militärischen Nachrichtendienstes einen hohen Posten im Staatskomitee für die Koordination der wissenschaftlich-technischen Forschung, anmentlich auf dem Gebiete der Raketenwaffenentwicklung.

Natürlich könnte auch ein Mann mit solchem Lebenslauf zum bezahlten Agenten werden, natürlich kann auch ein Berufsoffizier Spionageaufträge für eine fremde Macht erfüllen. **Wenn man aber auch nur einen Teil der Merkwürdigkeit im Fall Penkowskij berücksichtigt, so kommt man zur Annahme, dass es sich eher um einen Verschwörer als um einen Spion handelt.**

Von einer Verschwörergruppe war in der Anklageschrift die Rede. Der Verbindungsmann einer Verschwörergruppe wird eher als ein Spion Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Vertretern pflegen. Das Mitglied einer Verschwörergruppe kann tatsächlich seine ausländischen Mittelsmänner als Gleichgestellter mit Freunde anreden und schliesslich passt ein hochgestellter Verschwöreroffizier besser in den Kreis der höchsten Partei- und Militärführer, als ein «durchschnittlicher Funktionär» mit einem Spionageauftrag.

Natürlich ist das nur eine Vermutung, sie wird aber durch eine Reihe anderer Tatsachen bestärkt: Vor einigen Tagen wurde der Hauptmarschall der Artillerie Warensow im Zusammenhang mit dem Fall Penkowskij seines Postens enthoben und degradiert. Da Penkowskij dienstlich dem Hauptmarschall nicht unterstellt war, kann der Zusammenhang nur in persönlichen Beziehungen bestehen. Es ist kaum anzunehmen, dass ein Hauptmarschall enge Beziehungen zu einem «durchschnittlichen Funktionär» einer Amtsstelle unterhalten hätte, es ist aber durchaus möglich, dass ein Marschall mit einem Obersten, der in der Verschwörung wichtige Funktionen erfüllt, eng verbunden wäre.

Zuletzt sei noch auf ein merkwürdiges zeitliches Zusammentreffen einiger wichtiger Ereignisse hingewiesen: Am 4. Mai meldete «Prawda», dass F. Koslow schwer erkrankt sei; vom 7. bis 11. Mai fand die Hauptverhandlung im Prozess gegen O. Penkowskij statt; am 13. Mai meldete TASS, dass das auf Ende Mai einberufene Parteiplenum auf den 18. Juni verschoben wird. Eine im Laufe der Untersuchung oder der Hauptverhandlung aufgedeckte militärische Verschwörung, vielleicht unter Mitwirkung hoher Parteiführer, könnte die Ursache dieser plötzlichen Verschiebung des Parteiplenums sein. GB

Jugend

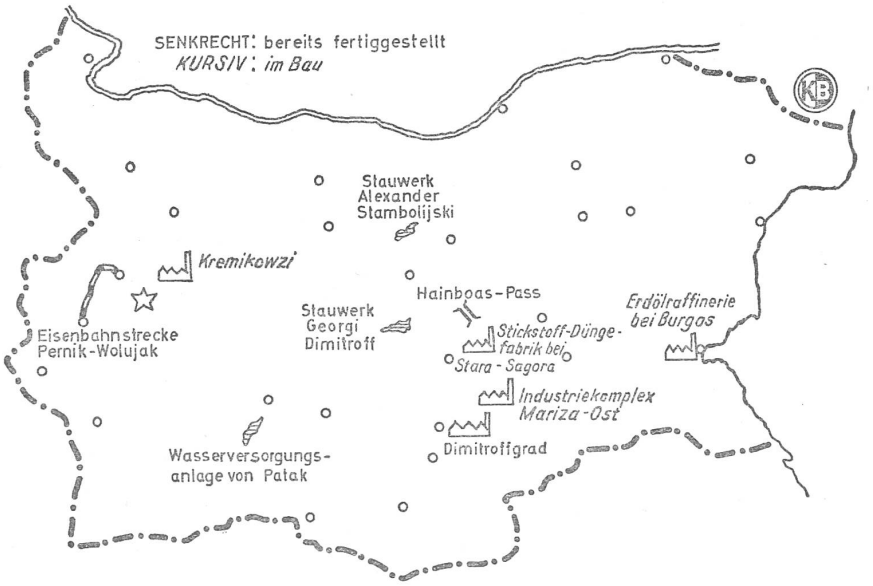
Bulgarien

Jugendobjekte

Bulgarien, das zu den unterentwickelten Ländern des Ostblocks gehört, hat im letzten Jahrzehnt grösste Anstrengungen zur Industrialisierung unternommen. Sie sollte seinerzeit ähnlich wie in China mit einem «Sprung nach vorne» verwirklicht werden, aber unterdessen haben sich hier wie dort die Nachteile des einseitigen Wirtschaftsausbaues gezeigt. Dieses Jahr ist es vor allem offensichtlich geworden, dass dem quantitativen Fortschritt die qualitative Grundlage fehlt, so dass sich im Vergleich zu andern Ländern insbesondere eine schlechtere Rentabilität ergibt. Diese Probleme sind im Frühling dieses Jahres von der Parteileitung ausführlich behandelt worden (siehe KB, Nr. 18, S. 4).

Dazu kommen Schwierigkeiten mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon), der Wirtschaftsorganisation der Ostblockstaaten. In den letzten Jahren hatte man angenommen, dass Bulgarien und Rumänien als wirtschaftlich rückständige RGW-Mitglieder von der Organisation am meisten profitieren würden. Statt dessen hat sich jetzt gezeigt, dass gerade diese beiden Länder ihre Unzufriedenheit mit dem Comecon gezeigt haben (wenn auch Bulgarien weniger deutlich als Rumänien). Die Spannungen ergeben sich aus dem mangelnden Interesse der industrialisierteren Länder am Aufbau ihrer «Bruderstaaten», ferner auch auf Grund der RGW-Auslagen für «Entwicklungshilfe» in Afrika, Asien und Lateinamerika. Man hat in Bukarest und Sofia wenig Lust, die diesbezüglichen Verpflichtungen der UdSSR und der CSSR mitzufinanzieren. Gegenwärtig ist die bulgarische Parteileitung insbesondere über die Sowjetunion und die SBZ verstimmt, beidemale wegen verzögerter Maschinenlieferungen, die im Falle der UdSSR dazu führen, dass eine Erdölraffinerie bei Burgas statt in diesen Tagen erst 1965 in Betrieb genommen werden kann.

Umso mehr sieht sich Bulgarien zur Mobilisierung der landeseigenen Kräfte gezwungen. Aehnlich wie in der Sowjetunion spielt die kommunistische Jugendorganisa-



Neue Jugendobjekte in Bulgarien (nach «Junge Generation», Ostberlin).